

Zeitschrift:	Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber:	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band:	53 (1961)
Heft:	12
Artikel:	Altes und neues Europa : Referat gehalten von Dr. W. Jucker am Arbeitertag vom 7. Oktober 1961 in Brugg
Autor:	Jucker, Waldemar
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-354003

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Altes und neues Europa

Referat gehalten von Dr. W. Jucker am Arbeitertag vom 7. Oktober 1961 in Brugg.

Das Thema «Altes und neues Europa» ist im Grunde genommen suggestiv. Es legt einem gewissermaßen die Antwort in den Mund, natürlich sei man für das «neue» Europa, für das «alte» Europa könnten sich höchstens noch Reaktionäre und Romantiker erwärmen. Um aus diesem suggestiven Denkschema etwas herauszukommen, möchte ich eine kleine Geschichte erzählen, die uns vielleicht hilft, die Frage etwas anders zu sehen. Bei einem Besuch in Oesterreich wurde dem Präsidenten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Hermann Leuenberger, die Frage gestellt, ob er nun mehr für die EWG oder mehr für die EFTA sei. Hermann Leuenberger gab darauf eine Antwort, die nicht nur geschickt, sondern, wie ich glaube, auch sehr klug war. Er sagte: «Ich bin für die Schweiz.»

Für uns Schweizer sollte der selbstverständliche Ausgangspunkt zur Beurteilung der Fragen der europäischen Integration die schweizerischen Interessen und Lebensnotwendigkeiten sein. Dabei können für uns nicht nur wirtschaftliche Ueberlegungen maßgebend sein. Gewiß sind wir auch wirtschaftlich ein Sonderfall. Aber noch ausgeprägter ist unsere politische Sonderstellung. In der Schweiz ist eine besondere Form der Demokratie entstanden, wie sie sich sonst nirgends in Europa herausgebildet hat. Politisch sind wir in noch viel stärkerem Ausmaß ein Sonderfall als wirtschaftlich, deshalb ist die politische Seite der Integration für uns vielleicht noch von größerer Bedeutung als die wirtschaftliche.

Diese zweifache Sonderstellung vereinfacht jedoch unsere Lage nicht. Sie erschwert uns eine Stellungnahme und sie kompliziert unsere Verhandlungsposition.

Man braucht uns Schweizern kaum in Erinnerung zu rufen, auch wir seien Europäer, auch unser Land gehöre zu Europa. Wir haben dies in unserer Geschichte zur Genüge erfahren. Auch wir sind in der europäischen Kultur verwurzelt, in jener Tradition, in welcher Begriffe wie Freiheit, Würde des Menschen, Solidarität und Humanität eine so große Rolle gespielt haben und immer noch spielen. Auch wir haben versucht, diese Ideale zu verwirklichen und können nicht in Anspruch nehmen, diese Aufgabe bereits zu Ende geführt zu haben.

Wir haben jedoch auch das andere Europa immer wieder an uns erfahren und unter ihm gelitten: Das Europa der Machtausübung, des Kampfes und des Krieges, das Europa des verlorenen Friedens, das vor der großen Depression versagte. Soweit mit dem Ausdruck «altes Europa» dieses Europa gemeint ist, trauern wir ihm sicher nicht nach. Auch wir können in einem einigen, prosperierenden

und zur Wahrung des Friedens ausreichend starken Europa am besten gedeihen.

Wir können es deshalb nur begrüßen, wenn vor allem jene großen Länder, die in der Vergangenheit die Hauptherde der Unruhe und Unstabilität waren, aus einem in erster Linie europäischen, aber auch weltpolitischen Verantwortungsgefühl heraus den Versuch unternehmen, nicht nur ihre Differenzen auf friedlichem Wege beizulegen, sondern sich auch zu einer konstruktiven Zusammenarbeit zusammenfinden.

Wir können es verstehen, wenn sie der Auffassung sind, eine derartige Zusammenarbeit müsse, gerade um konstruktiv sein zu können, in eine dauerhafte politische Form gekleidet werden. Wir bestreiten die Richtigkeit dieser Auffassung keineswegs, soweit sie die Großmächte betrifft. Alle die großen europäischen Länder, Frankreich, Deutschland, England, Italien haben eine ungefähr gleich große Bevölkerung: sie zählen alle um die 50 Millionen Einwohner. Keines dieser Länder braucht deshalb zu fürchten, bei einer politischen Vereinigung in eine Statistenrolle hineingedrängt zu werden. Schließen sie sich zusammen, so entsteht eine Verbindung einigermaßen gleicher Partner, in der auch ohne speziellen Minderheitenschutz jedes beteiligte Land seine Interessen wahren kann.

Bereits diese vier Länder bilden einen Markt von rund 200 Millionen Menschen. Sie vereinigen damit eine Zahl von Konsumenten, die größer ist als jene der Vereinigten Staaten und ungefähr so groß wie jene Sowjetrußlands. Diese Macht bewegt sich in Dimensionen, die ausreichen, um eine hochproduktive, stark arbeitsteilige moderne Industriewirtschaft zu ermöglichen. Wenn sich die Wirtschaft einmal auf diesen Großraum eingespielt hat, sollte es möglich sein, nicht nur den Lebensstandard der Bevölkerung wesentlich zu verbessern, sondern gleichzeitig auch eine ausreichende Verteidigungsmacht zu unterhalten und eine großzügige Entwicklungshilfe zu finanzieren.

Drei von diesen vier größeren Ländern – Deutschland, Frankreich und Italien – ergänzt durch die Benelux-Gruppe, haben sich bereits in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zusammengeschlossen. Das vierte große Land – England – beginnt in nächster Zeit Verhandlungen über einen Beitritt. Die bisherigen Mitglieder der EWG haben wiederholt erklärt, es gehe ihnen nicht nur und nicht in erster Linie um einen wirtschaftlichen Zusammenschluß; sie seien vor allem eine politische Organisation mit politischen Zielsetzungen.

Die europäischen Kleinstaaten im allgemeinen, besonders aber die neutralen unter ihnen, haben dieser Entwicklung gewissermaßen mit einem lachenden und einem weinenden Auge zugesehen.

Einerseits haben auch sie allen Grund, sich über diese Entwicklung zu freuen. Auch ihre Sicherheit wird verbessert, wenn in

Europa eine Machtkonzentration entsteht, die mit der Zeit in der Lage sein dürfte, die Sicherheit des Kontinents gegenüber der kommunistischen Machtgruppe einigermaßen zu gewährleisten. Es kann ihnen auch nur recht sein, wenn in Europa ein großräumiges, dynamisches Wirtschaftsgebiet entsteht. Ein verstärktes wirtschaftliches Wachstum dieses Großmarktes ist für die Kleinstaaten ein besserer Absatzmarkt als vier protektionistische, sich gegenseitig bekämpfende Großmächte.

Die Medaille hat jedoch auch eine Kehrseite. Die EWG-Gruppe hat sich, gewissermaßen als Erbe der früheren Einzelstaaten, selbst wieder einen protektionistischen Zolltarif gegeben. Dieser neue Zolltarif ist gerade auf Gebieten, die für die Schweiz besonders wichtig sind, für Maschinen, Apparate und Chemikalien, außerordentlich hoch. Die Ansätze dieses Gemeinsamen Zolltarifs sind insbesondere höher als die früheren deutschen und Benelux-Zölle. Dieser Gemeinsame Tarif droht deshalb den mit unserem größten europäischen Kunden, mit der Bundesrepublik Deutschland, bereits bestehenden Handelsstrom während einiger Zeit empfindlich zu stören. Darüber hinaus erschwert es den kleinen Ländern durch seine Höhe, an den Vorteilen der Großraumwirtschaft in den von ihrem Standpunkt aus wünschbaren Ausmaß mit teilzuhaben. Für alle Kleinstaaten stellt sich deshalb das Problem, wie sie für ihren Handel durch die chinesische Mauer des Gemeinsamen Tarifs hindurch sich eine Bresche öffnen können.

Eine Richtung innerhalb der EWG nimmt diesen Anliegen gegenüber eine eher unfreundliche Haltung ein. Sie sagt, der Zugang zu diesem Markt wird euch nur geöffnet, wenn auch ihr auf politische Souveränitätsrechte verzichtet, wenn ihr einen Teil eurer Gesetzgebungskompetenz abtretet. Für das wirtschaftliche Entgegenkommen, das ihr von uns wünscht, müßt ihr gewissermaßen einen politischen Preis bezahlen. Diese Richtung innerhalb der EWG möchte die wirtschaftliche Machtstellung der neuen Gemeinschaft ausnutzen, um den Kleinstaaten politische Konzessionen abzuzwingen. Besonders die der Nato angehörenden kleinen Länder haben auf diesen Druck nicht nur negativ geantwortet. Sie haben sich durch ihre Teilnahme an der Nato bereits so weit gebunden, daß ihnen eine weitere Preisgabe von Selbständigkeitssrechten nur diese Linie fortzusetzen scheint und ihnen deshalb nicht grundsätzlich unannehmbar vorkommt. Allerdings würden auch sie einen derartigen Schritt nicht gerade leichten Herzens, sondern mehr der Not gehorchend als dem eigenen Triebe, tun.

Besonders die drei Neutralen, Schweden, Oesterreich und die Schweiz, haben auf diesen Druckversuch sauer reagiert. Alle drei haben in ihren offiziellen Erklärungen zum Ausdruck gebracht, daß eine Vollmitgliedschaft mit allen politischen Pflichten für sie nicht in Frage komme. Von den Großmächten hat einzig England,

das der EWG ja noch nicht angehört, erklärt, daß es diesen Standpunkt achte und billige. Neuerdings hat sich jedoch auch innerhalb der EWG eine Strömung gezeigt, die für die Neutralen etwas günstiger ist.

Für diese Gruppe allerdings ist nicht nur die Rücksicht auf die Neutralen ausschlaggebend. Sie fürchtet, daß durch eine Vollmitgliedschaft zu vieler Kleinstaaten weniger die wirtschaftliche als die politische Schlagkraft der EWG geschwächt werde. Vor lauter Rücksichtnahme auf die vielen empfindlichen und zum Teil ängstlichen Kleinstaaten büße die EWG einen Teil der Beweglichkeit und Aktionsfähigkeit ein. Damit werde es für sie schwieriger, ihre weltpolitische Aufgabe zu erfüllen. Wenn wir Aussicht haben, mit der EWG zu einer Verständigung zu gelangen, dann vor allem mit Hilfe dieser Gruppe innerhalb der EWG selbst und mit Hilfe Englands.

Zwar können auch manche Schweizer nicht verstehen, weshalb der Bundesrat und das Parlament, aber auch die sogenannten großen Wirtschaftsverbände, einschließlich des Gewerkschaftsbundes, derart zäh an der Eigenstaatlichkeit der Schweiz festhalten. Sie werfen uns vor, wir hielten in einer ganz anders gewordenen Welt an historischen Formen fest, die überlebt seien. Durch das Verharren in unserer Kleinstaatlichkeit werde die schweizerische Bevölkerung zu einem geistigen Spießbürgertum verurteilt, das die schöpferischen Triebe allmählich zum Erlahmen bringe.

Diese Auffassung, der man allerdings ein Körnchen Wahrheit kaum absprechen kann, scheint uns die Macht als solche zu hoch zu bewerten. Gewisse Arten der schöpferischen Tätigkeit setzen eine bestimmte Machtposition voraus: sie sind ohne den Besitz einer gewissen Macht nicht zu verwirklichen. Aber dies sind kaum die einzigen Arten der schöpferischen Tätigkeit. Die Weltgeschichte besteht nicht nur aus Herrschern und Helden; zu ihr gehören auch die Erfinder, die Künstler, die guten Gesetzgeber und die große Masse jener, die bereit sind, mit ihrem, wenn vielleicht auch bescheidenen, Pfunden zu wuchern und dabei auch die Rechte ihrer Mitmenschen zu achten.

Jedem Großstaat wohnt ein gewisses Maß von Rücksichtslosigkeit inne. Er kann seine Macht und seine Mittel auf einige wenige Zwecke konzentrieren. Er kann die größte Raketenforschung, die kostspieligste Atomforschung betreiben, neue Gebiete urbar machen, die Seewege offen halten, Pyramiden bauen und was dieser Dinge mehr sind. Aber diese Konzentration hat ihren Preis. Sie geht auf Kosten anderer Gebiete, die deswegen vernachlässigt werden müssen und zu kurz kommen. Der Großstaat bedingt vor allem auch eine administrative Zentralisation, welche eine Rücksicht auf Sonderfälle und Sonderwünsche weitgehend ausschließt. Ein Großstaat ist überhaupt nur regierbar, wenn er schematische Lösungen anstrebt; er ist gezwungen, der linearen Simplizität zu huldigen. Weil

er Sonderfälle und Selbständigkeitswünsche nur begrenzt berücksichtigen kann, haben viele Großstaaten eine relativ kurze Lebensdauer gehabt. Die zurückgestauten Wünsche und Begehren hören nicht einfach zu existieren auf; sie sind als latente zentrifugale Kräfte weiter vorhanden. Dem Großstaat wohnt deshalb ein gewisser Keim zur Selbstzerstörung inne. Derartige Symptome zeigen sich nicht nur im Osten; sie manifestieren sich auch in westlichen Staaten in ziemlich sichtbarer Weise.

In einem Kleinstaat besteht nicht derselbe Zwang zur Vereinfachung, zur Vergewaltigung von Sonderwünschen und von Minderheiten. Weil der Kleinstaat übersehbarer ist, kann er es sich leisten, Rücksicht zu nehmen, Minderheiten entgegenzukommen, Besonderheiten nicht nur zu dulden, sondern geradezu zu pflegen. Ein Kleinstaat muß nicht nur nicht der linearen Vereinfachung huldigen, er darf es gar nicht, wenn er nicht seinen eigenen Geist verleugnen will. Sein Existenzrecht gründet sich darauf, daß er nicht gesetzgeberische und administrative Grobschlosserei, sondern Feinmechanik betreibt.

Weil der Kleinstaat zu dieser besondern Rücksichtnahme fähig ist, weist er in der Regel auch eine hohe innere Stabilität auf. Es ist nicht zuletzt auf diese Fähigkeit zurückzuführen, daß in kaum einem der europäischen Kleinstaaten die Kommunisten ein innenpolitisches Problem darstellen.

Soweit es sich um die Liebe zur Freiheit, die Achtung vor der Menschenwürde, den Geist der Solidarität und Menschlichkeit handelt, stehen die meisten europäischen Kleinstaaten kaum vor ihren größeren Nachbarn zurück. Sie sind deshalb auch nicht Problemfälle, soweit es sich um den Kampf gegen den Geist des Kommunismus handelt; sie stehen höchstens zurück im Kampf gegen die Macht des Kommunismus.

Besonders wir Neutralen befürchten, durch die Preisgabe von Selbständigkeitsrechten an einen europäischen Ueberstaat damit auch unsere innere Stabilität zu verlieren. Eine noch so wohlwollende europäische Regierung in Brüssel kann es sich nicht leisten, zum Beispiel in ihrer Agrarpolitik auf die Bündner, die Innenschweizer, die Walliser mit all ihren Sonderwünschen Rücksicht zu nehmen. Sie kann in ihrer Verkehrspolitik nicht an alle schweizerischen Nebenbahnen denken, sie kann ihr Atomprogramm nicht nach den Sonderwünschen der schweizerischen Maschinenindustrie maßschneidern; sie kann ihre Kartellpolitik nicht so ausgestalten, daß zur Not eine Mehrheit sogar im Schweizerischen Gewerbeverband damit einverstanden ist, und sie wird kaum die Freizügigkeit der ausländischen Arbeitskräfte so regeln, daß zur Not sowohl der Schweizerische Gewerkschaftsbund und der Vorort damit einverstanden sein können. Sie wird auch kaum die Weinpreise so festsetzen können, daß nicht nur die Waadtländer, sondern auch die Walliser und die Ostschweizer Winzer zufrieden sind. Und Herr

de Gaulle und Herr Adenauer, die finden, sie hätten bereits mit ihren Parlamenten mehr Mühe als notwendig, werden kaum wegen uns für ganz Europa das Referendum und die Initiative einführen wollen.

Wir streben deshalb wohl eine wirtschaftliche Verbindung mit dem im Aufbau sich befindenden Großraum an; auf politischem Gebiet jedoch möchten wir unsere Selbständigkeit wahren und uns auf eine vertragliche, aber loyale Zusammenarbeit beschränken, welche die Autonomie unserer Institutionen respektiert. Wir dürfen dabei in aller Bescheidenheit darauf hinweisen, daß wir bereits in der Vergangenheit ehrbare Mitglieder der Völkergemeinschaft waren, die ihre vertraglich übernommenen Pflichten erfüllten und hie und da noch ein Mehreres leisteten.

Wir müssen uns bei allem Beharren auf unserem Selbstbestimmungsrecht aber über zwei Dinge klar sein. Das Verständnis der andern Europäer uns gegenüber ist keine Selbstverständlichkeit. Wir müssen nach wie vor bereit sein, unter Umständen für unsere Unabhängigkeit auch Opfer zu bringen. Und das zweite: Unser Unabhängigkeitswille wird auf die Dauer von der Welt und insbesondere von den Miteuropäern nur geachtet werden, wenn sie eine ausreichende moralische Rechtfertigung besitzt. Auch uns obliegt die Verpflichtung, den schöpferischen Kräften Spielraum zu geben; nicht nur von der Solidarität und der Achtung vor der Würde des Menschen zu reden, sondern sie im tagtäglichen Leben unseres Staates und unserer Wirtschaft zu verwirklichen trachten; die Freiheit nicht zur Freiheit des Egoismus und der Spekulation entarten zu lassen, sondern sie als Freiheit zu befreienden Taten aufzufassen, als Freiheit zur Gestaltung neuer, sozialer Lösungen für die uns bedrängenden Fragen. Vor allem uns in der Arbeiterbewegung sollte es keine Mühe bereiten, diese Verpflichtung zu bejahen. Es ist dieselbe moralische Verpflichtung, die uns alle zusammengeführt hat, ohne deren Anerkennung keine Arbeiterbewegung bestünde.

Integration und wirtschaftliches Wachstum

Ausgangslage

Die Schweiz ist zwar ein Kleinstaat. Trotzdem kann unter den Beispielen für die Vorteile einer großräumig konzipierten, stark arbeitsteiligen Wirtschaft auch die schweizerische Wirtschaft genannt werden. Die Kleinheit ihres inneren Marktes hat ihr den Zwang zum Exportieren auferlegt. Die Wirtschaft der meisten europäischen Kleinstaaten ist stärker weltwirtschaftlich integriert als jene der meisten Länder mit größerer Bevölkerungszahl.

Der traditionelle Protektionismus der meisten Absatzmärkte hat der schweizerischen Exportindustrie zwar manche Arten der Mas-